

ZVO e.V. · Postfach 10 10 63 · 40710 Hilden

Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz
Herr Bundesminister Dr. Robert Habeck
Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Telefon, Name

Datum

2022-11-14

Gas- und Strompreisbremse für energieintensive Unternehmen in der Oberflächenbranche

Sehr geehrter Herr Bundesminister, sehr geehrter Herr Dr. Habeck,

die Entscheidung zur Umsetzung der Gas- und Strompreisbremse ab 1. Januar 2023 begrüßen wir grundsätzlich sehr. Allerdings erachten wir einige der bisher vorgesehenen Rahmenbedingungen aus Sicht einer energieintensiven Branche als kritisch. Die Gründe möchte wir Ihnen im weiteren Verlauf des Schreibens gerne darlegen.

Die Galvano- und Oberflächentechnik ist eine Schlüsseltechnologie, deren Dienstleistung Voraussetzung für die Funktionalität von Bauteilen, Geräten und Maschinen nahezu jeder Branche ist. Die Galvanotechnik verhindert beispielsweise jährlich Korrosionsschäden von etwa 150 Milliarden Euro. Galvanotechnik ermöglicht dabei eine zuverlässige Funktionalität einer Vielzahl unterschiedlichster Bauteile, zum Beispiel für die Automobilindustrie, den Maschinenbau, die Wehrtechnik, die Medizintechnik, die Luftfahrt, die Sanitärindustrie, die Kommunikations- und Informationstechnik, die Elektrotechnik, die Bauindustrie und natürlich auch für die Energiesparte einschließlich der Technik für Erneuerbare Energien. Die Branchen sind elementar von den Dienstleistungen der deutschen Galvano- und Oberflächentechnik abhängig. Auch wenn es niemand zugeben mag, aber 14 Tage Stillstand in unserer Branche werden Stillstand in anderen Branchen zur Folge haben.

Die Galvano- und Oberflächentechnik ist mittelständisch geprägt, überwiegend von familien-/inhabergeführten Unternehmen. 1.200 Unternehmen zählt die Branche in Deutschland, einschließlich der Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten, die statistisch nicht erfasst werden. Sie beschäftigt europaweit rund 440.000 Mitarbeiter, davon 62.000 in Deutschland, und ist energieintensiv (siehe KUEBLL - Leitlinien für staatliche Klima, Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2022 /Amtsblatt der Europäischen Kommission 2022/C 80/01). Laut Produktionsstatistik (WZ-Nr. 25.61 – Oberflächenveredelung und Wärmebehandlung) erwirtschaftete die Branche 2020 einen Umsatz von 7,4 Milliarden Euro (2018: 8,6 Milliarden Euro). Für 2022 erwarten wir umsatztechnisch eine Rückkehr zum Vor-Corona-Branchevolumen von 8,6 Milliarden Euro.

Die nachfolgenden vorgesehenen Rahmenbedingungen sind aus Sicht unserer energieintensiven Branche kritisch:

1. Bemessungsgrenze für den Jahresstromverbrauch bzw. Jahresgasverbrauch

Das Bemessungsjahr 2021 war für viele Unternehmen der Oberflächenbranche ein schwieriges, vielfach mit Kurzarbeit behaftetes Jahr. Somit sind die Verbräuche im Jahr 2021 keine normalen Jahresverbräuche, sondern stark unter dem Durchschnitt der vergangenen Jahre. Da die Auslastung 2022 erfreulicher Weise vielfach höher liegt, ist das Bemessungsjahr 2021 für unsere Unternehmen nachteilig.

Uns ist bewusst, dass eine Bemessungsgrundlage gefunden werden muss, die auch einheitlich ist. Wir regen daher an, die Bemessungsgrenze für energieintensive Unternehmen, für die Strom und Gas EIN ROHSTOFF ist, in Abhängigkeit vom Anteil Energieaufwand am Umsatz oder auf Basis eines durchschnittlichen Verbrauchs der letzten fünf Jahre festzulegen.

Vor allem am Faktor Strom kann in der Oberflächenbranche nicht gespart werden. Eine Reduzierung des Energieverbrauches bedeutet gleichzeitig eine Reduzierung der Produktion.

2. Deckelung des Strompreises für RLM-Kunden auf 13 ct/kWh (netto)

Die Begrenzung auf 13 Cent für Strom bedeutet für energieintensive Unternehmen immer noch mindestens eine Verdreifachung des Preises, bei einem bisherigen Kostenanteil von 12 bis 20 Prozent (bei einem Preisniveau von 3 bis 5 Cent). Dies ist eine extreme Belastung, mit der die Firmen im internationalen Bereich nicht wettbewerbsfähig sind.

Zu den Beschichtungstechnologien von Galvaniken – ob es um das Verzinken, Verchromen, Eloxieren, Versilbern oder ein anderes der unzähligen Verfahren geht – gibt es auf dem Markt keine vergleichbaren Alternativen, weder im Fahrzeug- oder Flugzeugbau, noch in der Medizin- Elektro-, IT-Technik oder den vielen anderen Bereichen des täglichen Lebens. Wie eingangs erwähnt, kommt der galvanischen Beschichtung in nahezu allen Wirtschaftsbereichen essenzielle Bedeutung zu.

3. Deckelung des Gaspreises

Branchenunternehmen nutzen Gas nicht nur zum Heizen, sondern auch als Produktionsfaktor innerhalb ihrer Beschichtungsprozesse und sind zur Aufrechterhaltung dieser Beschichtungsprozesse häufig vom Gas abhängig. Trotz Deckelung in diesem Bereich werden die Kosten immer noch beim mindestens dreifachen der Vorjahreskosten liegen.

Weder die durch die jeweiligen Deckelungen erzielbaren Strom- noch Gaspreise sind für unsere energieintensiven Unternehmen im internationalen Wettbewerb tragbar.

Wir möchten an dieser Stelle betonen, dass der Mittelstand an sich und auch wir als bedeutende Querschnittsbranche in der Vergangenheit noch nie um Subventionen gebettelt haben. Bislang konnten die Unternehmen dies immer aus eigener Kraft schultern. [Wir bitten dennoch um eine erneute Überprüfung, ob energieintensive Unternehmen nicht mit einem niedrigeren und wettbewerbsfähigeren Arbeitspreis unterstützt werden können.](#)

4. Umsetzung des Energiekostendämpfungsgesetzes (EKDG)

Dabei hilft das Energiedämpfungsprogramm nur sehr eingeschränkt, weil die bürokratischen Aufwendungen hierzu von den meisten Unternehmen auf Grund ihrer geringen Größe nicht gestemmt werden können. Viele sind Kleinunternehmen, deren Jahresabschlüsse üblicherweise nicht geprüft werden. Allein für die Prüfung war die Frist nicht

ausreichend. Zudem erzeugt diese unverhältnismäßig hohe Kosten zwischen 4.000 und 7.000 Euro. Die Hilfen laufen also ins Leere. Unternehmen unserer Branche, welche die Hürde genommen und einen Antrag gestellt haben, haben bislang KEINERLEI RÜCKMELDUNG von der Bafa erhalten.

5. Bürokratiebremse

Neben der Strom- und Gaspreisbremse benötigt die gesamte Wirtschaft dringend eine Bürokratiebremse! Dieser Aufruf gilt gleichermaßen oder sogar im Besonderen auch für Brüssel! Weitere Belastungen kann die Wirtschaft in dieser Krise nicht stemmen.

6. Problem Stromverträge und Versorgungssicherheit

Unsere Mitglieder beklagen zunehmend, keinen Anschlussvertrag für die Belieferung von Strom zu erhalten. Zunehmend verabschieden sich Stromanbieter aus dem Markt, weil die Risiken für sie selbst unkalkulierbar sind. Stromanbieter müssen Sicherheitsleistungen in Höhe von 10 Prozent des Volumens als Kapital hinterlegen. Bei früheren Preisen von 4 Cent war dies kein Problem. Bei 40 Cent ist dies vielfach nicht mehr finanzierbar. Hat ein Unternehmen ein schlechtes Rating, sind die Chancen nahezu aussichtslos einen Versorger zu finden. Anders als bei Privatpersonen haben Firmen keinen Anspruch auf Grundversorgung. Auch dieses Problem kann nicht von Unternehmerseite gelöst werden. Es besteht kurzfristig dringender Handlungsbedarf seitens der Politik, da zum Jahresende viele Stromverträge auslaufen.

7. Zunehmendes Problem Zahlungsausfälle

Meldungen der großen Kreditversicherer bestätigen bereits, dass sich die Zahlungsmoral in den vergangenen Wochen deutlich verschlechtert hat. Die Meldungen über bevorstehende Zahlungsausfälle häufen sich. Dies kann in Kürze insbesondere für die deutsche Galvanotechnik, die aus reinen Lohndienstleistungen besteht, ein großes Problem werden. Forderungsausfälle, die vielfach nicht versicherbar sind, werden unsere Betriebe mit in die Insolvenz reißen. Eine Galvanik, die erst einmal geschlossen ist, wird nie mehr aufgebaut. Da in dieser Branche bereits in den vergangenen Jahren aufgrund extrem hoher Regulierungswut (REACH) ein Konsolidierungsprozess stattgefunden hat, führen weitere Stilllegungen in Folge zu großen Abbrüchen in den abhängigen Lieferketten wie Automobil, Luftfahrt, Rüstung, Erneuerbare Energien, Medizintechnik u.v.m.

8. Problem Sicht unserer Auslandskunden

Bei Auslandskunden unserer Unternehmen herrschen großes Unverständnis und Verwunderung. Sie verstehen schlichtweg nicht, wie Deutschland agiert, und erkennen volatile Teuerungszuschläge für Gas- und Strom nicht an. Sie kennen es aus ihren Ländern nicht und fordern eine seriöse und planbare Kalkulationsbasis, andernfalls werden Aufträge abgezogen. Diese Kalkulationsbasis können wir jedoch momentan nur schwer bieten – ein weiteres Beispiel dafür, wie massiv unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit bedroht ist.

9. Problem langfristiger Lieferverträge

Viele unserer Branchen-Unternehmen, insbesondere Zulieferer an die Automobilindustrie, sind aufgrund langfristiger Lieferverträge gebunden, ohne dass gestiegene und steigende Energiepreise an diese Kunden weitergegeben werden können.

10. Problem Chemikalienverknappung, gravierende Mangellage und Preisexplosionen

Die Gaskrise führte in den vergangenen Monaten zu extremen Engpässen bei Grundchemikalien. Das Thema Salzsäure ging ja prominent durch die Presse. Sämtliche Lager in Europa waren leer, mit der Folge, dass es teilweise zu Produktionsstopps in unserer Branche, aber auch zu gravierenden Problemen in der deutschen Infrastruktur (Kläranlagen, Müllverbrennungen, Kraftwerke, Pharmabranche) kam. In Folge der Mangelsituation sind die Preise bei Rohchemikalien geradezu explodiert. Auch Salzsäure wird an der Börse gehandelt und wir mussten hier Preissteigerungen von bis zu 1.500 Prozent zur Kenntnis nehmen.

Diese Mehrkosten „on Top“ zu den erhöhten Gas- und Stromkosten sind für die Branche untragbar und führen zu Stilllegungen, von denen in Folge bedeutende Branchen wie Automobil, Medizintechnik, Rüstung, Erneuerbare Energien u.v.m. betroffen sein werden. Die späte Reaktion der Politik hat hier zusätzlich durch komplexe, nicht bedachte Zusammenhänge zu einem Kollaps geführt.

Umso wichtiger ist die Aufgabe der Politik, für die Chemiebranche und die energieintensive Industrie Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Produktion in Deutschland weiter wirtschaftlich möglich machen. Der einschlägigen Presse war zu entnehmen, dass Covestro darüber nachdenkt, die Gaspreisbremse auszuschlagen, weil nicht das gesamte Unternehmen unwirtschaftlich ist, jedoch EINZELNE Anlagen – wie beispielsweise die Chlorelektrolyse und in Folge die Salzsäure. Ausdrücklich warnen wir vor den Folgen für die gesamte Infrastruktur von Deutschland, die gefährdet ist, wenn hier nicht zeitnah eine Lösung gefunden wird.

Der Vollständigkeit halber möchten wir noch erwähnen, dass diese Chemikalien eben NICHT IMPORTIERT werden sollten! Viele Produktionsketten in Deutschland sind auf die Fertigung in Deutschland und Europa ANGEWIESEN!

Laut Meldung des ZDF vom 9. November 2022 hat die EU-Kommission erkannt, dass sich die exorbitanten Gaspreise unter anderem auch auf die Herstellung von Dünger auswirken und empfiehlt daher den Mitgliedsländern, Düngemittel-Produzenten bevorzugt zu versorgen, sollte das Gas knapp werden. Eine weitere Möglichkeit sei, Landwirten und Düngerherstellern mit Steuergeldern unter die Arme zu greifen. Die Erlöse aus abgeschöpften übermäßigen Gewinnen könnten dafür genutzt werden.

Diese Krise ist nicht von Unternehmensseite zu lösen. Es ist alleinige Aufgabe der Politik. Aus Versäumnissen müssen nun teure Entlastungspakete geschnürt werden. Bereits heute befürchten wir, dass das Hilfsprogramm von 200 Milliarden Euro „verpuffen“ wird, wenn nicht zügig seitens der Politik am Grundproblem gearbeitet wird.

Dies ist in erster Linie ein neues Strommarktdesign – bestenfalls auf europäischer Ebene – aber notfalls auch im deutschen Alleingang. In jedem Fall muss eine neue Berechnungsgrundlage gefunden werden, in der NICHT das teuerste Gaskraftwerk den Strom-Preis bestimmt (Eliminierung des Merit-Order-Effekts von Gas).

Bereits in unserem Schreiben vom 6. September 2022 wurde unsererseits ein Industriestrompreis gefordert. Mittlerweile betrifft dieses Problem aber nicht nur die Industrie, sondern vielmehr alle Bereiche wie Handwerk, Kliniken, Kommunen, etc. Somit müsste ein neuer Begriff gefunden werden, der diesen Bereichen gerecht wird. Es gilt zügig einen eigenen Markt für die Wirtschaft zu schaffen, in dem problemlos das Gas aus dem Berechnungsmodus genommen werden kann, damit Deutschland als Wirtschaftsnation überhaupt noch überlebensfähig ist.

Deshalb fordern wir

- eine Reduzierung der Steuern und Abgaben auf das europäische Mindestmaß,
- die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren,
- eine zusätzliche Dämpfung der Kostensteigerungen bei den Netzentgelten,
- den Abbau bürokratischer Hürden und die Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit für den Industriestandort Deutschland,
- die Einführung eines europaweit einheitlichen Industrie-Strompreises.

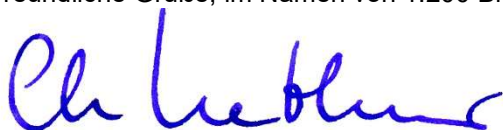
Auch unsere am 6. September 2022 erhobene Forderung der Laufzeitverlängerung der letzten am Netz verbliebenen Atomkraftwerke halten wir aufrecht. Politisch ist dies nicht gewollt, aber die Laufzeitverlängerung der Meiler Isar-2, Neckarwestheim-2 und Emsland nur um dreieinhalb Monate bis Mitte April 2023 ist in der gegenwärtigen Situation wenig zielführend, denn die Versorgungslage im April kommenden Jahres wird sich vermutlich nicht viel besser darstellen als heute. Am Terminmarkt liegt der Preis für Elektrizität zur Auslieferung im Winterquartal 2023 immer noch beim zwölfwachen des Normalen. Wenn im kommenden Jahr die Gasspeicher ganz ohne russische Lieferungen wieder aufgefüllt werden müssen, ergibt sich eine noch größere Notwendigkeit, möglichst ohne Gaskraftwerke auszukommen. Daher sehen wir den Winter 2023/2024 noch kritischer als den bevorstehenden Winter. Die Frage, ob man in einer dramatischen Energiepreiskrise erhebliche Kraftwerkskapazitäten abstellt, wird sich damit im April kommenden Jahres genauso stellen wie heute.

Grundlage für das einstige deutsche Wirtschaftswunder und den Aufstieg zum Exportweltmeister war Energie, und zwar sichere und preiswerte Energie. Beides ist lange passé. Die Grundlage unserer heutigen Misere haben Regierungen der vergangenen Jahre bereitet, die heimische Energieträger abgeschrieben haben, bevor Ersatz zur Verfügung stand und nach wie vor nicht zur Verfügung steht. Kein Unternehmen unserer Branche würde auch nur ansatzweise so agieren, steht dieses Vorgehen doch im Widerspruch zu vernünftigem Handeln.

Folge: Deutschland verzeichnet die höchsten Energiepreise weltweit, hat die Versorgungssicherheit verloren und die Import-Abhängigkeit erhöht. Statt ständiges Sparen auch der letzten Kilowattstunde zu proklamieren, sollte sich die Regierung dem Ziel verschreiben, dass Deutschland die viertgrößte Industrienation bleibt. Denn nur wirtschaftlich erfolgreiche Staaten haben die Mittel, den Umbau einer Volkswirtschaft auf Klimaneutralität zu stemmen.

Wir hoffen für den Industriestandort Deutschland, dass die Lernkurve der Politik zu Lasten der deutschen Wirtschaft nun abgeschlossen ist und wir mit einer wirtschaftsfördernden Politik wieder zu Rahmenbedingungen kommen, die uns nicht zum Industriemuseum von morgen verkommen lassen.

Freundliche Grüße, im Namen von 1.200 Branchen-Unternehmen



Christoph Matheis
Hauptgeschäftsführer

Anlagen

Mehr Informationen: www.zvo.org
<https://www.zvo.org/fileadmin/zvo/ZVOJahresbericht/2022/Geschaeftsbericht2021/#0>